

Für das Leben lernen – aber ohne Mindeststandards?

Die Bildungsmodelle und -chancen für junge Flüchtlinge unterscheiden sich je nach Bundesland / Thema bei Konferenz an der Uni

VON HAGEN EICHLER

HILDESHEIM. Lehrermangel, unterschiedliche Unterrichtsmodelle, Konzeptlosigkeit – die Bildung für junge Flüchtlinge wird in Deutschland uneinheitlich geregelt, und bisweilen sind die Zustände sogar chaotisch. Kindertagesstätten fordern psychologische Beratung, Hochschulen ringen mit bürokratischen Hürden, wenn sie Flüchtlingen ein Studium ermöglichen wollen. Die Hildesheimer Erziehungswissenschaftlerin Viola Georgi fordert deshalb die Verständigung auf Mindeststandards. Bei der Jahreskonferenz des Zentrums für Bildungsintegration an der Universität wollen Fachleute aus Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik über genau diese Standards diskutieren.

Im Fokus stehen unter anderem Bedarfsanalysen, Strategien und Modelle für die Beteiligung von Flüchtlingen an Bildung. Der Titel: „Nach der Flucht: Bildungspartizipation neu zugewandelter Kinder und Jugendlicher“.

„Nachdem in den letzten Monaten hauptsächlich Fragen der Unterbringung im Fokus standen, müssen wir jetzt noch viel mehr auf Integration setzen“, sagt die Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), ihres Zeichens Bundesbeauftrag-



„Wir müssen uns über Mindeststandards verständigen“: Prof. Dr. Viola Georgi.

te für Migration, Flüchtlinge und Integration. Gerade bei der Einbindung neu zugewandelter Kinder und Jugendlicher in Kitas und Schulen dürfe keine Zeit verloren werden. Hier zeigten sich je nach Bundesland aber große Unterschiede in der Praxis.

Auch Prof. Dr. Viola Georgi, Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Hildesheim, weiß von unterschiedlichen Ausgangssituationen für junge Flüchtlinge – je nachdem, in welchem Bundesland sie eine Schule besuchen. Sie berichtet von Schulen, an denen Kinder sofort in Regelklassen aufgenommen würden und solchen, wo die Kinder nur in ausgewählten Fächern am Regelunterricht teilnahmen. „Und es gibt Schulen, in denen die Kinder zunächst ganz separat unterrichtet werden“, sagt Georgi.

Die unterschiedlichen Modelle und Auffassungen drücken sich offenbar in unterschiedlichen Bezeichnungen aus: Vorbereitungsklassen, Intensivklassen, Sprachlernklassen. Und auch der Übergang in die Regelklassen wird unter-

schiedlich gehandhabt. „Schulrechtlich betrachtet, bewegen wir uns hier in einer Grauzone“, sagt Georgi. „Denn es gibt kaum Vorgaben für die Einrichtung von Sprachlernklassen, deren Schülerzahl, Unterrichtsinhalte und Lernziele – und auch keine festen Regelungen für die Verweildauer von Kindern in diesen Klassen.“ Die Schulen hätten deshalb „große Handlungsspielräume und viel Eigenverantwortung“, wenn sie festlegen, wann und wie es in Regelklassen weitergeht. Derzeit hänge es vom Zufall ab, wie stark ein Flüchtling gefördert wird.

Georgi ist überzeugt: Es müssen Mindeststandards für die Bildung von Flüchtlingen her – doch dafür sind noch viele Fragen zu beantworten. Wie viele Stunden Deutschförderung sollte zum Beispiel ein Flüchtlingskind erhalten? Welche Inhalte sollten ihm überhaupt in der Schule vermittelt werden? Und wie lässt sich feststellen, welches Kind welchen Bildungsbedarf hat?

Am Ende geht es laut Georgi auch

ums Geld. „Bund und Länder müssen zusammenarbeiten. Das Kooperationsverbot erweist sich hier als großes Hindernis.“

Die Weichen müssten zudem nicht nur an den Schulen gestellt werden, sondern auch an den Unis. Die Lehrer von morgen sind heute Studenten. Diese müssten sich mit dem „Phänomen Migration“ und den vielen damit verbundenen kulturellen Hintergründen und Bildungsvoraussetzungen beschäftigen. „Dazu gehören auch Kenntnisse über die Lebenssituation von Heranwachsenden, die mit ihren Familien oder allein nach Deutschland geflüchtet sind.“ An der Uni Hildesheim könnten Studenten beispielsweise ihr Sozialpraktikum in einer Flüchtlingsunterkunft absolvieren.

Die Konferenz am Freitag, 22. April, ist öffentlich. Einlass ist um 8.15 Uhr am Audimax. Wer teilnehmen möchte, sollte sich bis zum Freitag, 8. April, anmelden. Weitere Informationen gibt es unter zbi.uni-hildesheim.de/konferenz-2016-nach-der-flucht/.